

Matthias Bohlender

Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens

Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus

© Velbrück Wissenschaft 2007

Die hier vorgelegte Untersuchung hat die diskursive Praxis einer Problematisierung des Regierens zum Gegenstand.

Sie will zeigen, wie zwischen 1750 und 1850 im Zuge ganz spezifischer Problematisierungsschübe ein liberales Regierungsdenken sich formieren und ausbilden konnte. Dabei geht es weniger um eine sozialhistorische oder ideengeschichtliche Darstellung einer politischen Strömung oder Tradition des politischen Denkens, sondern darum, ausgehend von der Problematik des Regierens den Metamorphosen einer politischen Rationalität zu folgen. Und das heißt:

(1) Man muss auf die Infragestellung und Ausarbeitung des Wissens und der Wissensformen achten, welche die Wahrheit über die Regierung der Menschen und der Dinge auszusagen beanspruchen.

(2) Man muss auf die Auseinandersetzungen Bezug nehmen, die um die richtigen und angemessenen Praktiken und Technologien des vernünftigen Regierens geführt werden, und

(3) ist es notwendig, die umstrittenen und umkämpften Diskurse zu verfolgen, in denen die Ziele und Objekte des Regierens bestimmt und festgelegt werden.

Allerdings ist ein solches Analyseraster kein Passepartout, kein methodisches Allzweckinstrument. Es markiert zunächst die Differenz zu einer historischen Soziologie, politischen Theorie und Historiografie, die sich in getrennte Bereiche der Ideen-, Rechts-, Kultur-, Sozial-, Wissenschafts- und Wirtschaftsgeschichte entwickelt haben und die transversale Problematik eines liberalen Regierungsdenkens schwer zu erfassen vermögen. Sobald man die Politische Ökonomie als ein Wissens- und Wahrheitsprogramm des Regierens

begreift, muss man sie auf die Praktiken und Technologien beziehen, die infolge des Programms ausgearbeitet, verworfen oder neu konstituiert werden: das Armenrecht, das Arbeitshaus, das Lohnverhältnis, das Polizei-, Fabrik- und Gesundheitswesen.

Und es ist notwendig, die Ziele und Objekte zu beschreiben, die diesen Praktiken und Technologien zugrunde liegen: die Idee einer über freie Lohnarbeit integrierten und regulierten Gesellschaft.

Ohne die Vorstellung eines einheitlichen, natürlichen, sich selbst regulierenden sozialen Raumes, in dem die »Menschen« untereinander und mit den »Dingen« ein ziviles, freies und freiwilliges Verhältnis eingehen – Bedürfnisse befriedigen, Wissen kommunizieren und Reichtum akkumulieren – ohne diese Vorstellung hätte Politische Ökonomie nicht als Wissenschaft von der Regierung dieses Raumes erscheinen können. Aber ebenso gilt: Ohne die Praktiken und Technologien des Regierens (Armengesetz, Arbeitshaus, Zentralisierung der Regierungsbehörden etc.), die konkret die Gouvernentalisierung des sozialen Raumes vollziehen, wäre die Politische Ökonomie als Wahrheitsprogramm gescheitert. Die Herausbildung und Formierung der liberalen politischen Rationalität ist demnach nur als eine Konfiguration zu erfassen, in der Wissen, Ziele und Praktiken des Regierens sich überschneiden und ineinander übersetzbar werden.